

# Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern - IKT -

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 46 1071

## IKT-Info-Dienst

18/Okt. 89



### Termine:

#### Einladung zur IKT-Landesversammlung

Ort: Parkstein (Oberpf., bei Neustadt a.d. Waldnaab, zw. B 470 u. B 22), Parksteiner Hof (Pension Zetzl), Tel. 09602/4396

Termin: Samstag, 21. Oktober 1989, Beginn 14 Uhr

#### Tagesordnung:

1. Bericht des 1. Vorsitzenden und des Geschäftsführers
2. Bericht des Landesschatzmeisters
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Aussprache
5. Entlastung des Vorstands
6. Satzungsänderung
7. Neuwahl des Vorstands
8. Neufestlegung des Mitgliedsbeitrags
9. Anträge und Sonstiges

Gegen 16 Uhr schließt sich nach alter IKT-Tradition ein fachlicher Teil an, der für alle Mitglieder, besonders für Kommunen mit Trinkwasserproblemen hochinteressant sein dürfte:

Das Ingenieurbüro Kelnhofer/Maidl aus Straubing, das sich auf Boden- und Grundwasserschutz spezialisiert hat, wird über seine Arbeit berichten. Dr. Maidl, der eine Kapazität auf diesem Gebiet ist und u.a. durch die sog. Tiefenbohrungen bekanntgeworden ist, wird über seine neuesten Forschungen, besonders über die Tiefenverlagerung von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln, berichten.

19.30 Uhr "Wahltag ist Zahltag", zentrale Kundgebung für die Oberpfalz im Parksteiner Hof

### Sturm im Wasserglas?

In den letzten Wochen schwappte das Trinkwasser aus Fernsehmatteisen und Gazetten im Überfluß auf die Morgenkaffeetische oder Abendbrotdeckbänke der bundesrepublikanischen Medienkosumenten, weniger das saubere, klare, geruchlose, vielmehr das pestizidverseuchte und nitratbeladene. Und je nach Naturell waren wohl auch die Reaktionen: Sie reichten sicher vom dümmlichen "Ich trinke kein Wasser, sondern nur Schoppen" bis hin zum panischen "Ab sofort trinke ich nur Mineralwasser". Beides bringt uns nicht weiter und kuriert nicht einmal an den Symptomen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Nicht die Publizität der Trinkwasserprobleme ist von Übel, wie es manche Wasserwerke immer noch glauben. Wenig hilfreich ist lediglich eine Berichterstattung, die rechtzeitig zum Inkrafttreten neuer Grenzwerte etwa den "chemischen Zoo" im Trinkwasser zum Tagesthema macht, während die Umweltprobleme, die sich weit unten im Grundwasser jahrein, jahraus bündeln und summieren, den Rest des Jahres kaum Nachrichtenwert ha-

ben, zumal sich diese schwierige Materie nur schwer optisch aufbereiten läßt.

Jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden! So sehr wir es schätzen, daß wir unsere Vorstellungen oder z.B. das Sanierungskonzept der unterfränkischen Gemeinde Margetshöchheim in den letzten Wochen vom Bayer. Fernsehen bis hin zum ZDF-Journal, von der SZ bis zum Spiegel und in einer Fülle von Rundfunkinterviews darstellen konnten, und obwohl wir es durchaus für beachtlich ansehen, daß Innenminister Stoiber mit bisher nicht gekannter Offenheit im Landtagsausschuß über die Trinkwasserprobleme gesprochen hat, dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotz aller gut gemeinten Worte und trotz eindringlicher Bilder für den flächendeckenden Grundwasserschutz noch kein bißchen gewonnen ist, kein Mikrogramm Atrazin und kein Milligramm Nitrat auf dem Weg ins Grundwasser gebremst ist. Konsequenzen hat Minister Stoiber übrigens nicht aufgezeigt. Wenn das öffentliche Interesse an

unserem "Lebensmittel Nr. 1" mehr als ein Sturm im Wasserglas sein soll, dann müssen jetzt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Selbst Klagen der EG-Kommission gegen die Bundesrepublik wegen der starken Belastung bringen wenig, da die politisch Verantwortlichen solche komplexen und wenig wahlwirksamen Themen gekonnt verdrängen und sich darauf herausreden, daß ja ein Großteil unseres Trinkwassers noch den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

#### Jetzt ist Rückgrat gefordert!

Vor allem die Kommunen müssen jetzt Prioritäten setzen und Energien und finanzielle Mittel für die Sanierung der eigenen Wasserversorgung mobilisieren. Gefragt sind etwa Gutachten zur Bestimmung des Wassereinzugsgebiets, handfeste Verordnungen für Wasserschutzgebiete, die in vielen Fällen Entschädigungszahlungen an Landwirte nach sich ziehen werden. Aber Trinkwasserschutz zum Nulltarif wird es nicht geben, und das bislang vielerorts praktizierte Motto "Augen zu und weiter so!" sollte bei verantwortungsvollen Kommunalpolitikern der Vergangenheit angehören. Der Grundwasserschutz muß mindestens ebenbürtig neben die Ausweisung von Baugebieten treten, zumal er wohl die elementarste Form der Daseinsfürsorge ist. Überall dort, wo Gemeinden nicht bereit sind, die lokale Versorgung zu erhalten, bietet sich die Vorwahlzeit an, die Trinkwasserprobleme auf die Tagesordnung der Landes- und Kommunalpolitik zu setzen.

Problematisch ist es nur, daß von staatlicher Seite immer noch Gemeinden ausgebremst werden, die ihr Wasser erhalten und sanieren wollen. Die IKT hat kein Verständnis dafür, daß wir einerseits bei Terminen in der Obersten Baubehörde von ranghohen Wasserwirtschaftlern erfahren, daß kommunale Trinkwasserversorgungen erhalten und bei der Bezuschussung nicht benachteiligt werden sollen, daß aber andererseits uns Bürgermeister immer wieder von gegenteiligen Erfahrungen berichten. Das gilt nicht nur für das schwäbische Weicht, sondern z.B. auch für eine Gemeinde im Landkreis Nürnberger Land, wo man die Kommune, die zusammen mit der Kanalverlegung auch das Leitungsnetz erneuern will, durch die Drohung, die Zuschüsse zu streichen, an die Hammerbachgruppe zwingen will.

Derartigen Repressalien zu widerstehen, verlangt von den Kommunalpolitikern viel Rückgrat und Stehvermögen. Die IKT bittet alle Verantwortlichen in den Kommunen, nicht in letzter Minute noch auf den falschen Zug in die Fernwasser- und Zweckverbandssackgasse aufzuspringen. Die Einsicht, daß nur konsequenter flächendeckender Grundwasserschutz vor Ort auf Dauer eine gesicherte Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser garantieren kann, verbreitet

sich immer mehr. So schrieb Prof. Dr. Dieter im Bundesgesundheitsblatt (7/89):

"Problematisch im Hinblick auf die Sanierung des Einzugsgebietes ist die Bevorzugung der Fernwasserversorgung bzw. der Zusammenschluß mehrerer Wasserversorgungsunternehmen durch finanzielle Förderung mit Landesmitteln. Einzelfälle zeigen demgegenüber, daß auf Gemeindeebene durchaus eine Sanierung durchführbar und wirtschaftlich sinnvoller ist (jüngstes Beispiel: Margetshöchheim/Nordbayern)."

#### Ein Gebot der Vernunft: Zuschüsse nur noch für die umweltschonendste Lösung!

Bei den Behörden ist leider noch ein schizophrenes Verhalten zu beobachten: Auf der einen Seite vertreten sie vielerorts verbal durchaus deutlich den Gedanken des flächendeckenden Grundwasserschutzes. Wenn aber auch nur die kleinsten Probleme auftreten und wenn es um handfeste Entscheidungen geht, kennen sie immer noch nur eine Lösung: den Fernwasseranschluß. Dann ist im weiten Umkreis angeblich kein Wasser zu finden, dann ist das seit Jahrzehnten genutzte Wasser angeblich nicht mehr trinkbar, weil der Sulfatgehalt erhöht ist und wenn das eigene Wasser unbestreitbar qualitativ hochwertig ist, dann ist der Fernwasseranschluß unter Garantie die wirtschaftlichste Lösung, und nur die wird natürlich bezuschußt, nicht die umweltverträglichste und grundwasserschonendste. Unsere Hauptforderung muß deshalb in Zukunft lauten: Beim Trinkwasser muß Schluß sein mit der krämerhaften Pfennigfucherei, hier muß in Zukunft die umweltschonendste Lösung bezuschußt werden.

#### IKT-Broschüre bundesweit gefragt

Erfreulich ist hingegen, daß immer mehr Wasserwirtschaftsämter die IKT-Broschüre "Sauberes Wasser aus eigenen Quellen" zur Beratung der Gemeinden einsetzen. Weit über ein Dutzend Wasserwirtschaftsämter hat bislang knapp 2000 IKT-Broschüren angefordert, und auch die Gesundheitsämter gehen neuerdings offensichtlich dazu über, ihrer Verpflichtung zur Beratung der Gemeinden mit Trinkwasserproblemen mit Hilfe der IKT-Broschüre nachzukommen. Lediglich das Wasserwirtschaftsamt Würzburg dankend abgelehnt. WWA-Chef Noell meinte, die Gemeinden erhielten vom Amt ausreichend Informationsmaterial.

Überhaupt ist diese Broschüre zu einem wahren Renner geworden. Aus allen Teilen der Bundesrepublik, sogar von der oberösterreichischen Landesregierung, kamen bislang Anforderungen. Die erste Auflage mit 7000 Exemplaren geht bald zur Neige. Wir denken schon an eine Neuauflage mit einem erweiterten Nitrat/Pestizid- und Sanierungsteil. Das Titelbild wurde mittlerweile sogar von der Hauszeitschrift der

#### IKT: Adressen ... Konto ...

1. Landesvorsitzender: Sebastian Schönauer, Setzbornstr. 34, 8751 Rothenbuch, 06094/457  
2. Landesvorsitzender: Dr. Ernst Schudt, Hammerschmiede 2, 8947 Frechenrieden, 08392/221  
Landesgeschäftsführer: Peter Etthöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, 0931/461071  
Landesschatzmeister: Friedrich Kropf, Kirschenallee 16, 8602 Burghaslach, 98552/1846  
Schriftführer: Wolfgang Keim, Rosenstr. 5, 8620 Reundorf, 09571/5664  
Beisitzer: Reinhardt Brendel, Am Büchenstock 296, 8556 Gößweinstein, 09242/424  
Dieter Hoch, Burgstr. 1, 8573 Pottenstein, 09243/1808  
Dietmar Malich, Hauptstr. 16, 8359 Aicha v. Wald, 08544/8645  
Sören Mie, Eyber Str. 13, 8800 Ansbach, 0981/14213  
Hermine Silbereisen, 8399 Ruhstorf 2/ Schmidham, 08534/226  
Irene Stubert, Sauerbruchstr. 4, 8580 Bayreuth, 0921/31080  
Norbert Zimmermann, Ulmenweg 4, 8481 Parkstein, 09602/5167  
IKT-Konto: Sparkasse Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (BLZ 762 510 20), Kto-Nr. 810 081 323

Obersten Baubehörde "bau intern" übernommen. Christa Etthöfer, die das Bild für die IKT gemalt hat, hat das Honorar aus dem Innenministerium postwendend als Spende an die IKT weitergeleitet.

#### Erfahrungen mit dem IKT-Trinkwassernotruf

Daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung, besonders Familien mit kleinen Kindern, sich brennend für die Trinkwasserqualität interessiert, konnte die IKT in den Sommermonaten feststellen. Um noch vor dem 1.10. Gemeinden mit Trinkwasserproblemen die Möglichkeit zu geben, sich über Sanierungsmöglichkeiten zu informieren, hatte die IKT im August einen sog. Trinkwassernotruf eingerichtet. Nicht zuletzt wegen der Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks erkundigten sich dann vor allem Bürger aus allen Teilen des Freistaats nach der Trinkwasserqualität ihres Wohnorts. BR 3 und BR 2 hatten ihr Interview mit IKT-Geschäftsführer Etthöfer noch nicht zu Ende geschickt, da begann schon in der IKT-Geschäftsstelle das Telefon zu klingeln, und das hörte eine Woche lang nicht mehr auf. Selbst heute, viele Wochen danach, kommen noch Anfragen. Seit über tausend dürften es gewesen sein.

Dabei hat sich gezeigt, daß besonders junge Bürger mit Kindern sehr sensibel sind. Oft sind aber gerade Leute aus Regionen mit noch intaktem Wasser am sensibelsten. Etthöfer mußte deshalb gar nicht so selten auch die Anrufer beruhigen und unbegründete Ängste zerstreuen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die meist offiziellen Daten, die bei der IKT gespeichert sind, oft nur wenig über die Qualität des Wassers aussagen, das beim Verbraucher aus dem Hahn fließt, da es sich dabei häufig um Mischwasser handelt. Die IKT wird deshalb in den nächsten Monaten ihre Datensammlung zu einer Trinkwasserdatenbank ausbauen, in der nicht nur Angaben über die Qualität des Trinkwassers, sondern auch über technische Aufbereitung, Verbrauchsmengen und ähnliches gespeichert werden sollen. Wir sind es leid, immer auf die Brosamen der regierungsoffiziellen Verlautbarungen angewiesen zu sein, die meist überholt sind und uns nur auf dem Umweg

über Abgeordnete erreichen.

Wir wollen mit unserer Datenbank zweierlei erreichen. In erster Linie wollen wir gezielt mit Vorschlägen an Gemeinden herantreten, bei denen die Trinkwasserqualität auf die Grenzwerte zutreibt. Bislang melden sich bei uns nämlich vor allem Gemeinden, bei denen die Qualitätsschallmauer bereits durchbrochen ist. Und zweitens wollen wir notfalls auch dem Bürger Auskunft geben können, der von seinem Versorgungsunternehmen unsinnigerweise keine Auskunft über das eigene Wasser erhält. Leider betreiben immer noch einige Wasserversorger Geheimniskrämerei, obwohl sie es oft gar nicht nötig haben. Mit mehr Offenheit würde man vielleicht auch mehr Verständnis für harte Sanierungsmaßnahmen wecken.

#### Bundesweite Allianz gegen TW-Vergiftung

Die Erfahrungen der letzten Monate, in denen wir Woche für Woche pfundweise mit Anfragen aus der ganzen BRD eingedeckt wurden, haben uns außerdem deutlich gemacht, daß wir unmöglich mit einer ehrenamtlichen 1-Mann-Geschäftsstelle gegen die bundesweiten Trinkwasserprobleme anrennen können. Wir wollen deshalb die Gründung ähnlicher Trinkwasserschutzvereinigungen aus Kommunalpolitikern, Naturschützern und Landwirten, wie sie die IKT ist, auch in anderen Bundesländern anregen. Zu diesem Zwecke ist noch für den Winter 89/90 eine bundesweite Trinkwasserschutzkonferenz geplant.

Mittlerweile 130 Vollmitglieder (Gemeinden, Bürgerinitiativen und Verbände) zeigen nicht nur, daß die IKT inzwischen zu einer "festen Einrichtung" geworden ist, es macht vielmehr überdeutlich, wie drängend heute die Trinkwasserprobleme in weiten Teilen Bayerns sind. Die IKT wird also notgedrungen in alter Frische und mit einem ganzen Bündel von Initiativen ins fünfte Jahr ihres Bestehens gehen. Dazu brauchen wir nicht nur Ihre Hilfe. Wir bitten Sie auch, weitere Mitstreiter für sauberes Wasser aus eigenen Quellen zu mobilisieren.

Peter Etthöfer  
Landesgeschäftsführer

### aus politik und verwaltung ...

#### Teilerfolg bei Landtagspetition

IKT-Vorstandsmitglied Sören Mie aus Ansbach hat in einer Petition an den Landtag bemängelt, daß das Landratsamt Ansbach bei der Schutzverordnung für das Wasserschutzgebiet Gersbach, das der Wasserversorgung der Stadt Ansbach dient, weit hinter der sowieso schon laschen bayerischen Musterverordnung 3/85 zurückgeblieben sei. So wurde dort das Verbot des Grünlandumbruchs weitestgehend eingeschränkt, auch das Gülleverbod in der vegetationslosen Zeit wurde gelockert, Maissilage und Festmist dürfen sogar bis zu einem halben Jahr gelagert werden. Diese Verordnung war sogar der CSU-Stadtratsfraktion in Ansbach zu lahm.

Der Umweltausschuß hat die Petition in der Sitzung am 6.7.89 der Staatsregierung als Material überwiesen, was man durchaus als Erfolg werten kann, da Petitionen für vernünftige Forderungen in der Regel abgeschmettert werden. Auch die Stellungnahme von Staatssekretär Gauweiler für den Petitionsausschuß zeigt, daß man das Ansbacher Landratsamt weitgehend schonen will, daß man aber über die windelweiche Verordnung nicht gerade begeistert ist. Landrat Ehnes, der gleichzeitig mittelfränkischer Bauernverbandspräsident ist, gilt als ausge-

sprochener Fernwasserfan, der mit seiner Behörde konsequent den Fernwasseranschluß forciert.

#### Wasservolksbegehren in Wertheim

Ende Juni hat die BI "Brunnensanierung statt Bodenseewasser" in einer Kundgebung in Wertheim gegen den Anschluß des baden-württembergischen Main-Tauber-Kreises mobilgemacht. Der Wertheimer Stadtrat hat trotzdem wenige Tage später den Anschlußbeschuß gefaßt. Die Wertheimer IKT-BI hat mittlerweile 5100 Unterschriften für ein kommunales Bürgerbegehren gesammelt. Obwohl nur 2000 Unterschriften nötig gewesen wären und trotz Urlaubszeit hat die BI in kurzer Zeit die Unterschriften von 1/3 der Wahlberechtigten bekommen, so daß demnächst vom Wähler entschieden wird, ob das Fernwasser quer durchs Musterlände vom Bodensee zum Main gepumpt wird. Der Spiegel (Nr. 40) hat ausführlich darüber berichtet, auch das Fernsehen hat das Thema aufgegriffen.

An jedem Wochenende stehen z. Z. BI-Vertreter unter der Devise "Verbessern statt Verwässern" auf dem Wertheimer Marktplatz und messen den Bürgern die Nitratkonzentrationen im Gemüse, um so darauf aufmerksam zu machen, daß die Nitratbelastung ein generelles Problem der Land-

bewirtschaftung ist, das nicht durch Fernverwässerung in den Griff zu bekommen ist. Die gemessenen Nitratkonzentrationen im Gemüse lagen zwischen 15 und 500 mg/kg. Vor wenigen Wochen hat übrigens das Bayer. Fernsehen Unterwasseraufnahmen aus dem Tiefenwasser bayerischer Seen gesendet. Dabei wurden auch Bilder vom Bodenseegrund gezeigt, wo sich vom Autowrack bis zum Kühlschrankschrank so ziemlich alles fand. Das also sind die Fördergründe des nach Prof. Naber (Bodenseewasserversorgung) so tollen Fernwassers, auf das niemand mehr verzichten will, der einmal davon gekostet hat.

#### Bemerkenswert

Vor der oberbayerischen Bezirksversammlung des Gemeindetags hat Andreas Rothascher vom Landesamt für Wasserwirtschaft im Oktober 88 ein Referat gehalten, aus dem wir hier einige Passagen wiedergeben wollen. Zum vom Landwirtschaftsministerium und der Obersten Baubehörde herausgegebenen "Güllemerkblatt" stellte er fest:

"Dieses Merkblatt enthält neben vielen wichtigen Hinweisen zur Lagerung und Ausbringung der Gülle auch einen Güllekalender über die Ausbringungszeiten und -mengen der Gülle. Danach rechtfertigt keine Bodenart und keine Anbauform das Güllen im Zeitraum von Mitte November bis Mitte Februar. Und wie oft können wir gerade während dieser Zeit Landwirte beim Güllen beobachten!

Die Wassergesetze und das Landesentwicklungsprogramm räumen der Trinkwasserversorgung bei der Nutzung des Grundwassers Vorrang vor konkurrierenden Nutzungen ein. Grundsätzlich wären die vorhandenen Anordnungsbefugnisse und Überwachungsmöglichkeiten ausreichend, um die Erfordernisse des Grundwasserschutzes durchzusetzen. Sie sind jedoch in Bayern nur in Einzelfällen voll ausgeschöpft worden. Hier bestehen noch ungenutzte Möglichkeiten, Vollzugsdefizite abzubauen."

Hier stimmen wir mit dem Landesamt völlig überein. Nur in den seltensten Fällen sind die Wasserrechtsbehörden bereit, knallharte Auflagen zum Schutz der Wassereinzugsgebiete zu erlassen. Und leider gehen auch viele Gemeinden lieber auf Tauchstation, wenn es um den Schutz der eigenen Quellen geht, statt offensiv für ein umfassendes Schutzkonzept einzutreten. Wir wären allerdings froh, wenn wir bei unseren Bemühungen um flächendeckenden Grundwasserschutz aus München nicht nur verbale Unterstützung fänden. Solange das Wasserschutzzonensterben und der Ausverkauf ans Fernwasser vom Innenministerium durch Zuschüsse und Gutachten massiv unterstützt werden, wird Herr Rothascher noch lange erfolglos das Vollzugsdefizit beim Grundwasserschutz beklagen können.

#### Offizielle Zahlen

Offizielle Zahlen zur Trinkwasserbelastung sind rar. Auch wenn die Aufstellung der nitratbelasteten Anlagen und die Auflistung der Abhilfemaßnahmen nach dem Stand vom 1.3.88 nicht mehr ganz aktuell ist, wollen wir sie hier doch abdrucken (s.S. 6), da sie zeigt, wie wenig tatsächlich saniert wird. Neben technischen Maßnahmen (Fernwasser usw.) taucht vor allem die Aufklärung und Beratung der Landwirte (Spalte 8) als Sanierungskonzept auf. Bei Problemanlagen kann das allein aber keine Hilfe bringen. Dagegen wird die Anpassung der Bewirtschaftung, die noch am ehesten Abhilfe verspricht, in verschwindend wenig Fällen praktiziert (Sp. 10). Im Begleitschreiben weist Prof. Brenner, der Präsident des

Landesamts für Wasserwirtschaft, darauf hin, daß im Vorjahreszeitraum 69 Anlagen nachgemeldet wurden, bei denen erstmals der Nitratgrenzwert überschritten wurde. Damit bestätigt sich, daß der Nitratanstieg noch ungebrochen weitergeht, was auch die abgedruckte Grafik zeigt.

Besondere Erwähnung findet das "Großostheimer Beispiel", bei dem der Markt Großostheim für rd. 40.000 DM/Jahr im Herbst und Frühjahr die Böden im Einzugsgebiet auf Stickstoff untersuchen läßt und die Ergebnisse den Landwirten kostenlos zur Verfügung stellt.

Die IKT hält dieses Vorgehen für durchaus sinnvoll. Wir bezweifeln aber, ob dies allein in Problemgebieten eine kurzfristige und deutliche Senkung der Nitratwerte im Trinkwasser bewirken kann. Deshalb hat Großostheim auch weitere Maßnahmen eingeleitet. Es ist auch auf Dauer von einer Gemeinde kaum zu verkräften, die enormen Kosten für derartige flächendeckende Analysen allein bestreiten zu müssen. Außerdem hätten solche Maßnahmen schon vor Jahren erfolgen müssen, wenn sie allein zum Erfolg führen sollten.

In vielen Fällen können deshalb nur wesentlich drastischere Maßnahmen, wie sie seit Jahren in Margetshöchheim praktiziert werden, mittelfristig für sauberes Wasser sorgen.

#### Hilferuf an den Landrat

Um Unterstützung bei der Konfliktlösung zwischen ertragsorientierter Landwirtschaft und dem Erhalt lokaler Trinkwasseranlagen hat der Kirchläuterer Bürgermeister Kirchner in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der "Veltensteingruppe" Landrat Keller gebeten. In seinem Schreiben fordert Bürgermeister Kirchner die sofortige Änderung landwirtschaftlicher Betriebsweisen in Wassereinzugsgebieten, um der Verseuchung des Trinkwassers energisch entgegenwirken zu können.

#### Seltsames Gutachten

Wenn die Bemühungen zur Sanierung des Margetshöchheimer Wassers schiefe gehen sollten, liegt es kaum mehr am Gemeinderat, sondern vor allem an der Landesanstalt für Wein- und Gartenbau (LWG) in Veitshöchheim, die in einer langwierigen Untersuchung mit rund 1700 Bodenproben in der Wasserschutzzone und im Einzugsgebiet das Düngeverhalten in Margetshöchheim untersucht hat. Das Ergebnis der Untersuchung, die im August 87 begonnen hat, liegt mittlerweile vor. Der Gemeinderat hätte es, wenn es nach dem Wunsch der LWG gegangen wäre, gar nicht in die Hand bekommen sollen. Das Gutachten selbst ist äußerst dürftig, teilweise sogar fehlerhaft. Damit kann wohl weder die wegen Überdüngung ermittelnde Staatsanwaltschaft noch das Landratsamt etwas anfangen, das auf den Ergebnissen die Wasserschutzzoneverordnung aufbauen wollte. Gelungen ist damit der LWG, daß die Verursacher der kriminellen Überdüngung ungeschoren davonkommen und die neue Wasserschutzzoneverordnung um Jahre verzögert wurde. Ob das Zufall ist?

Dabei sprechen die Bodenproben eigentlich eine deutliche Sprache: Die meisten der beprobten Flächen waren sehr deutlich überdüngt! Der IKT ist auch unverstündlich, daß das Landratsamt die von der Gemeinde Margetshöchheim beantragte drastische Verschärfung der Schutzverordnung so lange verschleppt hat. Dabei hat die Gemeinde von Anfang an deutlich gemacht, daß sie bei Nutzungsbeschränkungen (Verbot der Sonderkulturen usw.) Ausgleich zahlen will. Wenn man derartige Angelegenheiten nur den Verwaltungsjuristen überlassen will, die sich

am liebsten so lange absichern, bis die Schutzverordnung ganz verwässert ist, bleibt der Schutz des Lebensmittels Nr.1 auf der Strecke.

Die IKT wird dies nicht so einfach hinnehmen und hat deshalb das Gutachten mit einer entsprechenden Stellungnahme einem sachverständigen Kreis und einigen Landtagsabgeordneten zugesandt. Nach unseren Informationen will MdL Christine Scheel (GRÜNE) die Angelegenheit vor den Landtag bringen. Ebenfalls recht mysteriös geht es bei den sog. Tiefenbohrungen nach dem Programm "Umweltver-

träglichem Pflanzenbau" zu. In der Karwoche 89 wurden 7 Bohrungen in der Gemarkung Margethöhe durchgeführt, nachdem man ursprünglich nur zu 3 Bohrungen bereit war. Bis heute liegen die Ergebnisse weder dem Wasserwirtschaftsamt noch dem Landratsamt Würzburg noch der Gemeinde vor. Der CSU-Landtagsabgeordnete Christian Will nannte vor Wochen auf einer CSU-Presskonferenz aber bereits Zahlen und sprach von "erschütternd hohen Nitratwerten". Das sind schon sehr seltsame Praktiken des Landwirtschaftsministeriums; denn nur von da kann MdL Will die Zahlen haben!

### Wasser + recht

#### Anderung der RZWas 87 zum 1.7.89

Mit Bekanntmachung des Innenministeriums vom 2.6.89 Nr.IIE1-4454.11-86 wurde die Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben geändert. Gefördert werden können nach Nr. 2.3.1.5 nun auch "Untersuchungen und Planungen zur Sicherung von Trinkwassergewinnungsgebieten".

Zuwendungsfähig sind neuerdings nach 5.2.1.3 a. auch Architekten- und Ingenieurleistungen für Untersuchungen, Auswertungen, Kosten für Schürfe und Bohrungen sowie geologische und bodenkundliche Erhebungen im Einzugsgebiet und die Kosten für Handlungsanweisungen zum Schutz und zur Sanierung der Einzugsgebiete.

Die Zuschußrichtlinien für derartige Maßnahmen sind in Anlage 7 der RZWas unter Punkt 5 geregelt.

#### Vollzug der TVO (Pestizidgrenzwert)

Nachdem am 1.10. der Pestizidgrenzwert der Trinkwasserverordnung mit dreijähriger Verspätung in Kraft getreten ist, können eine ganze Reihe von Trinkwasserversorgungen die Grenzwerte nicht einhalten (0,1 µg für die Einzelsubstanz und 0,5 µg für die Summe aller Agrochemikalien). Unter bestimmten Umständen können diese Wasserversorgungen eine zweijährige Übergangsfrist (mit der Möglichkeit der Verlängerung) zugebilligt bekommen. Die näheren Einzelheiten sind der Empfehlung des Bundesgesundheitsamtes im Bundesgesundheitsblatt 7/89 S. 290 ff zu entnehmen.

Das BGA hat 97 Pestizide in einer Tabelle verschiedenen Giftigkeitsklassen zugeordnet. Bei Stoffen, die der Gruppe A zugeordnet sind, darf der Grenzwert zehnfach überschritten werden, bei der Gruppe B dreißigfach (dazu gehört z.B. das Atrazin) und bei der Gruppe C bis zum Hundertfachen. Bei Substanzen, die keiner der drei Kategorien zugeordnet sind, dazu gehören vor allem Abbauprodukte, ist keine Grenzwertüberschreitung erlaubt.

Die Verbraucher sollen über die Abweichung vom Grenzwert unterrichtet werden. Eine Grenzwertüberschreitung ist nur bei Vorlage eines Sanierungsplans möglich, der vom jeweiligen Gesundheitsamt überwacht werden muß. Gleichzeitig muß dafür gesorgt werden, daß jeder weitere Eintrag der vorgefundenen Pestizide ins Grundwasser unverzüglich gestoppt wird. Zusätzlich empfiehlt das BGA den zuständigen Gesundheitsbehörden, auf folgendes hinzuwirken:

1. Es sollen nicht nur die Wasserschutzgebiete mit den entsprechenden Anordnungen festgesetzt werden, sondern es sollen auch die Wassereinzugsgebiete behördlich abgegrenzt werden, da auch dort und nicht nur in der Wasserschutzzone Pestizide mit W-Auflage nach der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung nicht angewendet werden dürfen.

2. Die Landwirte sollen möglichst direkt über die Abgrenzung der Einzugsgebiete und die dort geltenden Nutzungseinschränkungen hingewiesen werden.

Bei Grenzwertüberschreitungen sollen die Gesundheitsämter prüfen, ob dies auf Verstöße gegen das Pflanzenschutzrecht zurückzuführen ist, und Verstöße gegebenenfalls ahnden.

Es ist zu befürchten, daß die Gesundheitsämter mit dieser ihnen neu zugewachsenen Aufgabenfülle sowohl personell wie inhaltlich überfordert sind. Fraglich ist auch, ob sie sich gegen die starke Landwirtschaftslobby durchsetzen und handfeste Sanierungskonzepte durchbohren können. Wenn das Trauerspiel, wie wir es bei den sog. Nitrat-Sanierungskonzepten erlebt haben, sich hier wiederholen sollte, können wir uns auf ein großflächiges Wasserwerkssterben einstellen.

#### Die Praxis des Pestizidgrenzwerts

Bislang läßt sich nur wenig über die Handhabung des Pestizidgrenzwerts sagen. Gemessen werden muß wohl einmal im Jahr. Bei den größeren Anlagen wurden wohl bereits vor dem 1.10.1989 auf Betreiben der Gesundheitsämter Untersuchungen durchgeführt.

Umfragen der IKT-Geschäftsstelle bei Landrats- und Gesundheitsämtern haben gezeigt, daß vielerorts noch große Unsicherheiten herrschen, was und wie oft untersucht werden soll. Nach § 10, 2 der TVO sind die Einzelheiten der Pestiziduntersuchung nicht in der Verordnung selbst festgelegt, sondern die zuständige Behörde ordnet Art und Häufigkeit der Untersuchungen an. Dabei gibt es offensichtlich noch erhebliche Abstimmungsprobleme zwischen manchen Gesundheits- und Landratsämtern. Auch das Bayer. Innenministerium hat dafür gesorgt, daß bei den PSM-Untersuchungen nicht so heiß gegessen wie gekocht wird: Vor wenigen Tagen kam die Anweisung, daß die vom BGA vorgesehenen Maßnahmen nur dann eingeleitet werden, wenn der Grenzwert zweimal überschritten wurde. Nach den derzeitigen Erkenntnissen muß davon ausgegangen werden, daß einmal pro Jahr auf PSM untersucht wird.

Noch undurchsichtiger ist die Lage bei Hausbrunnen. Hier bleibt erst einmal abzuwarten, ob das Landratsamt derartige Untersuchungen anordnet. Mancherorts will man anscheinend erst einmal selbst untersuchen und auf Grund der Ergebnisse Umfang und Häufigkeit der Untersuchungen festlegen.

Interessant ist vor allem die Frage, nach welchen Stoffen man überhaupt untersuchen läßt. Die Bezirksregierungen haben offensichtlich zusammen mit den Landwirtschaftsämtern die Substanzen festgelegt, nach denen untersucht werden muß. Das grenzt natürlich die Kosten ein, aber auch die Palette der Stoffe, die gefunden werden können.

Tab. 2 Nitratgehalt über 50 mg NO<sub>3</sub>/l - Abhilfemaßnahmen (Stand 01.03.1988)

Region Land	Wasserfassungen						Eingeleitete Abhilfemaßnahmen zur Verringerung des Nitratgehaltes										bisher keine Maßnahmen ergriffen										
	insgesamt		Sp. 4 100		Sp. 3 100		Landwirtschaft (Landwirtsch., Bodennutzung)		sachgemäße Lagerung von Wirtschaftsdünger und Silage		sonstige Sanierung von Abwasseranlagen		sonstige Sanierung von Abfallanlagen		sonstiges		technisch-betriebliche Maßnahmen der Wasserversorgung durchgeführt oder im Bau		Wasserrechtl. Maßnahmen								
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b							
1	102	21453	8	9420	7,8	43,9	6	9224	2	7350	-	-	1	36	3	7712	4	1706	2	7002	5	9222	-	-			
2	173	34431	59	6967	34,1	20,2	46	4533	10	612	-	-	2	137	1	88	2	259	17	2135	9	1800	18	2666			
3	254	33856	48	4280	18,9	11,9	37	2031	12	565	1	25	-	-	1	53	12	2644	12	532	8	701	3	181			
4	332	33136	34	2094	10,2	5,5	22	831	1	17	3	132	-	-	1	57	13	1565	9	272	4	119	6	34			
5	370	37827	27	959	7,3	2,5	10	341	2	17	-	-	1	50	-	1	14	4	299	3	16	7	126	9	399		
6	270	32444	25	1829	9,3	5,6	11	667	4	224	-	-	1	59	-	3	357	5	102	4	229	5	249	6	917		
7	185	78265	24	6243	13,0	8,0	15	642	2	140	3	151	1	40	-	3	179	9	5154	9	236	1	125	3	711		
8	167	16880	90	2486	53,9	14,9	69	1771	19	499	-	-	1	11	1	30	-	13	940	19	259	10	325	12	269		
9	183	83971	26	3614	14,2	4,3	18	2488	1	10	-	-	1	24	-	1	84	13	2461	7	857	5	152	2	86		
10	83	24941	8	549	9,6	2,2	6	171	5	106	1	65	-	-	-	-	-	1	65	3	96	-	-	2	378		
11	202	42866	25	670	12,4	1,6	17	337	4	229	-	-	-	-	-	-	-	5	252	8	350	-	-	4	36		
12	349	33194	17	2605	4,9	6,8	12	1696	9	1672	1	5	-	-	-	-	-	6	1571	4	138	1	726	5	1301		
13	130	24670	10	100	7,7	0,4	7	90	-	-	1	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	10		
14	294	96844	19	6491	6,5	6,7	7	959	5	908	1	130	-	-	2	347	-	6	5427	5	261	-	-	5	639		
15	231	33925	26	856	11,3	2,5	21	742	3	8	3	81	1	150	-	-	4	74	7	565	3	24	4	90			
16	278	49024	1	110	0,4	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	110	
17	230	17942	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	1057	-	-	-	-	1	12	8	181
18	359	63285	18	1298	5,0	2,0	7	1022	3	496	2	462	1	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	68	14447	81	5654
Bayern	4192	930764	465	50571	11,1	5,4	311	27545	82	12883	16	1071	9	483	5	501	15	8715	119	25452	101	12613	68	14447	81	5654	

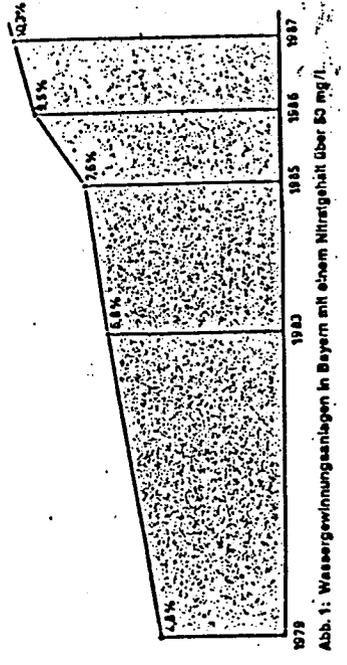


Abb. 1: Wassergewinnungsanlagen in Bayern mit einem Nitratgehalt über 50 mg/l

Erläuterung  
 a Anzahl der Wasserfassungserschließungsgebiete  
 b gemessene Absemmenge in 1000 m<sup>3</sup>/Jahr

4200

Im Landkreis Würzburg und wahrscheinlich in ganz Unterfranken muß so z.B. auf folgende Stoffe untersucht werden: Atrazin, Simazin, Propazin, Terbutylazin, Mecoprop, Dichlorprop, Metazachlor, Isoproturon, Bentazon.

In der Gemeinde Margetshöchheim, die bereits seit 1984 das Trinkwasser regelmäßig auf Pestizide untersuchen läßt, wird auf 30 Substanzen untersucht, ohne daß PSM nachgewiesen werden konnten - für die Bevölkerung sicher sehr beruhigend.

Aber auch der Zeitpunkt der Untersuchung ist nicht belanglos. Nach den Erfahrungen des Landesamts für Wasserwirtschaft liegen die PSM Konzentrationen im Frühjahr und Sommer besonders hoch.

#### Teilbefreiung vor Gericht erstritten

Die IKT-Initiative in Rattelsdorf hat in einem

Verfahren vor dem Bay. Verwaltungsgerichtshof die Teilbefreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang erstritten. AZ: B2 K2 86.00186/187 v. 4.3.88.

#### Immer mehr Schutzgebiete sterben

Allein im Landkreis Würzburg sind innerhalb kurzer Zeit mindestens ein halbes Dutzend Schutzgebiete wegen Anschluß an die Fernwasserversorgung aufgelöst worden. Man muß davon ausgehen, daß diese Eigenversorgungen auch im Krisenfall nicht mehr zu reaktivieren sein werden.

#### Erstmals Stickstoff-Begrenzung in WSZ-VO

In Großostheim, Lkr. Aschaffenburg, wird demnächst eine Verordnung für die Wasserschutzzone in Kraft treten, in der erstmals eine Obergrenze für den im Herbst zulässigen Stickstoff enthalten sein wird.

### firmer + adressen

plan<sup>2</sup> (Carl + Samimi), Großenbucherstr. 9, 8524 Neunkirchen, Tel. 09134/229: Standortanalysen für Stadt- und Landschaftsplanung, Hydrologie und Trinkwasserversorgung, Agrarmeteorologie, bodenkundliche und hydrologische Laboruntersuchungen usw.

Umweltinstitut München e.V., Elsässer Str. 30, 8000 München 80, Tel. 089/488707, Ansprechpartner in TW-Fragen (Mo-Mi): Jutta Schedler. Das Umweltinstitut ist ein gemeinnütziger Verein, der 1986 von engagierten WissenschaftlerInnen zum Zwecke der Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung gegründet wurde. Es finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen und arbeitet unabhängig und überparteilich. Derzeit arbeiten etwa 30 haupt- u. ehrenamtliche Mitarbeiter auf verschiedensten Bereichen, z.B. Radioaktivität, Müll, Energie, Wohnraumgifte, Chemie in Lebensmitteln u. Böden, Gentechnik, Asbest, Wasser. Im Rahmen des Projekts "Reinhaltung des Wassers" wird angeboten:

- Messung von Nitrat, Pflanzenschutzmitteln, Schwermetallen u.ä. Substanzen im Wasser; TW-Analysen nach TrinkwV; Messung nach standardisierten Verfahren

- Umfangreiche Datensammlung zum Thema TW-Belastung, vor allem im südbayerischen Raum; weit über 1000 eigene Messungen von Nitrat im TW; Veröffentlichung der eigenen Messungen in "Wochenlisten" u. monatlich in der Mitglieiderschrift "Umweltnachrichten"

- Ausführliche Kartierung der Landkreise Freising, Erding, Dachau bezügl. Belastung des Grund- u. Trinkwassers mit Nitrat und Atrazin. In Bearbeitung: Lkr. Aichach-Friedberg, München, Augsburg

- Referenten zum gesamten Themenbereich Wasser  
- Beratung von Kommunen, Wassergenossenschaften u. Zweckverbänden; Erstellung von Sanierungskonzepten für belastete Grundwasserreservoirs; Erarbeitung von Konzepten zur Verringerung des Wasserverbrauchs und der Wasserverschmutzung; Erstellung von Gutachten

### rund ums wasser ...

#### Flächenstillegung - Gift fürs Grundwasser

Auch die IKT verfiel für kurze Zeit dem Trugschluß, daß die Flächenstillegung sich positiv auf die Grundwasserqualität auswirken würde. Uns wurde aber schnell klar, daß sich bei einer fünfjährigen Stillegung eine Vergrünlandung einstellt. Werden dann die stillgelegten Flächen wieder unter den Pflug genommen, kommt dies einem Grünlandumbruch gleich, was bekanntermaßen zu jahrelangen erheblichen Nitratsteigerungen im Grundwasser führt. Aber auch die Rotationsbrache, bei der jedes Jahr eine andere Fläche stillliegt, muß sich schädlich aufs Grundwasser auswirken, da sich das Feld über weite Strecken des Jahres im Zustand der Schwarzbrache befindet und somit verstärkt Stickstoff aus dem Boden ausgewaschen wird. Unsere Befürchtungen wurden durch eine Rückfrage beim Ingenieurbüro Kelnhofer/Maidl von den dortigen Fachleuten bestätigt.

Man sollte also in Wassereinzugsgebieten tunlichst auf vorübergehende Flächenstillegungen verzichten und lieber auf Extensivierungsprogramme setzen. Nur die Erhaltung und Forcierung der Grünlandwirtschaft zusammen mit einer extensiven Landbewirtschaftung kann in den geologischen Problemgebieten Landwirtschaft und Grundwasserschutz nebeneinander ermöglichen.

#### Landwirtschaftliche Extensivierungsprogramme

Das neue EG-Extensivierungsprogramm bietet etliche positive Ansätze für grundwasserschonen des Wirtschaften in Wassereinzugsgebieten. Wasserversorger sollten deshalb in Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftsämtern die betreffenden Landwirte motivieren, von dieser Förderungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Leider liegen die genauen Ausführungsbestimmungen und die Antragsformulare immer noch nicht den Ämtern vor. Diese sind allerdings ermächtigt, schon formlose Anträge anzunehmen. Die Nachfrage nach diesem Programm ist regional recht unterschiedlich. Während in Baden-Württemberg kaum Interesse besteht, liegen in manchen Teilen Bayerns bereits eine ganze Reihe Anträge vor. Bemerkenswert ist, daß z.B. gerade bei Großbetrieben (Gütern) merkliches Interesse besteht.

Beim Extensivierungsprogramm wird u.a. durch Prämien bezuschußt:

- Die Umstellung des gesamten Betriebes für mindestens 5 Jahre auf biologische Landwirtschaft nach den Richtlinien eines anerkannten Verbands (Demeter, Bioland, Biokreis Ostbayern und Naturland-Verband). Prämie je nach Nutzung 300 - 425 DM/ha

- Extensivierung der Getreideerzeugung  
Prämie: 300 DM/ha

- Verzicht auf Winterweizen oder -gerste, statt dessen Anbau von Roggen, Sommergerste, Hafer oder Dinkel; Prämie 300 DM/ha
- Extensivierung der Fleischerzeugung Prämie: 153 DM/GV
- Extensivierung im Weinbau; Prämie je nach Hektarertrag: 1204 - 1416 DM

Aber auch das Kulturlandschaftsprogramm läßt sich in einigen Fällen zur Verminderung des Schadstoffeintrags ins Grundwasser verwenden. So wird etwa bei erosionsgefährdeten Hängen eine Prämie von 1000 DM gezahlt.

#### Asbestrohre für Trinkwasser doch gefährlich?

"Die Zeit" vom 22.9.89 hat sich in einem großen Artikel ("Das Millionending") mit der Asbestproblematik beschäftigt. Dabei ging es am Rande auch um Asbestrohre für Trinkwasser: "Immer mehr wissenschaftliche Untersuchungen, vor allem aus den USA und Kanada, geben asbesthaltigem Trinkwasser die Schuld an einem Anstieg der Magen-, Darm- und Leberkrebserkrankungen. Zehn Prozent der deutschen Trinkwasserrohre bestehen aus Asbestzement, ein Austausch würde Milliarden kosten. Doch sowohl Bundes- wie Länderregierungen weigern sich, die Gefahr auch nur zur Kenntnis zu nehmen." Bereits im letzten Info-Dienst hatten wir über die Recherchen des saarländischen FDP-Funktionsnärs Wagner in Sachen Asbest im Trinkwasser berichtet. "Die Zeit" hat diesen Fall ebenfalls aufgegriffen. Sie berichtet ergänzend von Schwierigkeiten Wagners mit hohen Repräsentanten seiner eigenen Partei. Der ehemalige FDP-Staatssekretär Hartkopf sitzt heute nämlich im Aufsichtsrat von Eternit.

"Die Zeit" berichtet weiterhin davon, daß u.a. die Firma Eternit dem für Untersuchungen über Asbest im Trinkwasser zuständigen Institut des Bundesgesundheitsamtes über Jahre hinweg hohe Spenden hat zukommen lassen. Der Bundesrechnungshof habe festgestellt, daß in fast jedes Asbestforschungsprojekt des BGA Geld von Eternit geflossen sei. Die Asbestzementindustrie habe auch andere hochrangige Wissenschaftler gekauft, die mit Gutachten über Asbest beauftragt worden sind.

In Bayern hat sich vor allem die Vereinigte Bürgerinitiative Rottal/Inn mit der Asbestbelastung des Trinkwassers beschäftigt und ein Gutachten über die Asbestbelastung im Wasser des Zweckverbandes Rottal/Inn (entnommen in Bad Birnbach) beim Münchner Umweltinstitut in Auftrag gegeben. Das Institut will in einem Liter Wasser zwischen 2,6 und 3,8 Millionen Fasern festgestellt haben. Wenn man auch Fasern unter 5 µm einbeziehe, müsse man sogar von 13 bis 19 Mio. Fasern pro Liter ausgehen.

#### Vom Fernwassersaulus zum Eigenwasserpaulus

Nachdem die Würzburger Stadtwerke mit erheblichem Aufwand im stadtnahen Bereich gutes Wasser gefunden haben, versucht nun der Estenfelder CSU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Christian Will mit aller Kraft den Würzburgern dieses Wasser abzujagen. Obwohl die Stadtrandgemeinde Estenfeld bereits vor Jahren unter maßgeblicher Mitwirkung Wills die Eigenversorgung aufgegeben und ans Fernwasser angeschlossen hat, reklamiert er jetzt das von den Würzburgern auf Estenfelder Territorium erbohrte Naß für seine Heimatgemeinde. Bei einer Informationsveranstaltung in Leinach, das mittlerweile wider jede Vernunft total ans Fernwasser gegangen ist, hatte Will auch gleich eine Erklärung bereit, warum man jetzt Wasser gefunden habe: Der Grundwasserspiegel sei in den letzten Jahren gestiegen. Obwohl er vor nicht allzu langer Zeit den Ge-

meinden (natürlich mit von ihm besorgten Staatszuschüssen) das Fernwasser im Mund zusammenlaufen ließ, fordert er jetzt, daß - wo immer möglich - in der Region Würzburg Trinkwasserbrunnen erhalten werden müßten. Auf einer Pressekonferenz bot er den Würzburgern großzügig das eigene Fernwasserkontingent (der mit problematischem Wasser gesegneten Fernwasserversorgung Franken - FWF) an. Dafür will er das von den Würzburger Stadtwerken gefundene gute Wasser.

Diese Läuterung vom Fernwassersaulus zum Eigenwasserpaulus kam sicher nicht von ungefähr. Wills späte Abneigung gegen das Fernwasser hängt wohl mehr mit dessen schlechter Qualität (Nitrat und Pestizide) und anderen schlechten Erfahrungen mit der Fernwasserversorgung zusammen. Mit Hilfe eines Raumordnungsverfahrens der Regierung von Unterfranken sollen die Würzburger um das Wasser gebracht werden. Will kommt aber offensichtlich mit seiner neuen Rolle noch nicht so ganz zurecht. In altbewährter Manier malt er das Schreckgespenst von Wasserschutzzonen an die Wand, die die bauliche Entwicklung der Gemeinden empfindlich beschränkten. Dabei sollte eigentlich nach Verankerung des Grundwasserschutzes in der Bayer. Verfassung die Prioritätenliste eines verantwortlichen Politikers etwas anders aussehen.

#### Immer mehr Qualitätsprobleme beim Fernwasser

So nach und nach bröckelt die Saubermannfassade der Fernwasserversorger ganz gewaltig ab. Von der Fernwasserversorgung Franken (FWF) war ja schon länger bekannt, daß ihr Wasser nach Angaben des Innenministeriums "teilweise im Bereich des Grenzwerts von 50 mg/l" Nitrat liegt. Vor kurzem mußte sich auch Staatssekretär Gauweiler deswegen Klagen der Bürgermeister aus dem Landkreis Würzburg anhören. Zumindest in den FWF-Fassungen Volkach und Astheim wurden auch schon Pestizide über dem Grenzwert festgestellt.

Neuerdings ließ aber auch die Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) die Katze aus dem Sack. Sie mußte gegenüber der Main-Post zugeben, daß einige Brunnen den PSM-Grenzwert überschreiten. Die FWM vermutet, daß Atrazin verbotenerweise im Wasserschutzgebiet bei Lohr eingesetzt wird.

Bei den Gesundheitsämtern meint man, daß das Atrazinproblem sich auch in den nächsten Jahren trotz der 1990 auslaufenden Zulassung nicht von selbst erledigen wird. In manchen Gegenden hat man nämlich schon wahre Hamsterkäufe bei Atrazin festgestellt. Nötig wäre also ein sofortiges Anwendungsverbot, wie es auch Innenminister Stoiber gefordert hat. Es macht einfach keinen Sinn, daß ein Stoff heute nicht mehr im Trinkwasser vorkommen darf, aber erst Monate später vom Markt genommen wird und noch Jahre später angewandt werden darf. Viele Landwirte können es einfach nicht verstehen, daß ihnen die Beratung etwa noch vor nicht allzu langer Zeit 8 Liter Atrazin pro Hektar gegen Quecken empfohlen hat, und heute sollen sie das Zeug nicht mehr anwenden.

#### Über 91 % gegen den Hafenlohralspeicher

Während der Mainfrankenmesse sendete der Bayerische Rundfunk live von der Mainfrankenmesse in Würzburg. Zum Programm gehörte auch eine Diskussion zum Thema "Hafenlohralspeicher - ja oder nein?" Die Zuhörer hatten dann die Möglichkeit, ihre Meinung über TED kundzutun. Während MdL Christian Will (CSU) die Position "notfalls ja" vertrat, lehnte IKT-Geschäfts-

führer Ethhöfer den Speicher im letzten intakten Spessarttal kategorisch ab. Das Hörervotum war eindeutig. Über 91 % der Anrufer lehnten den Speicher ab. Ethhöfer nutzte die Gelegenheit, um den bei der Live-Sendung im Publikum anwesenden Leinacher Bürgermeister Oestemer als Paradebeispiel für eine verantwortungslose Fernwasseranschlußpolitik hervorzuheben. Trotz dieses eindeutigen Stimmungsbildes ist der Hafenspeicher noch lange nicht vom Tisch. Es gibt ernstzunehmende Hinweise dafür, daß die Planung weitergetrieben und in diesen Tagen abgeschlossen wird. Außerdem hat sich die Mehrheit des Regionalen Planungsverbands Würzburg nicht zu einer Streichung des Speicherprojekts aus dem Regionalplan entschließen können. Man will erst eine Bedarfserhebung der Wasserwirtschaftsbehörden abwarten. Man kann davon ausgehen, daß der Speicher erst dann gestorben sein wird, wenn flächendeckend Grundwasserschutz betrieben wird. Und davon sind wir noch meilenweit entfernt.

FWO schließt sich mit Lechmündungsgebiet kurz  
Das perverse Konzept der Fernwasserideologen feiert immer noch fröhliche Urständ. Auf der einen Seite expandiert die Fernwasserversorgung Oberfranken (FWO) immer weiter, und andererseits vertraut man der angeblich so sicheren Ködeltalsperre immer weniger. Derzeit wird die Lücke zwischen der FWO bei Bamberg und der WFW bei Erlangen geschlossen. Die WFW pumpt in großem Umfang Wasser aus dem Lechmündungsgebiet in das mittelfränkische Städtedreieck. Von da aus baut derzeit bereits die Fernwasserversorgung Franken (FWF) eine über 50 km lange Leitung in den Raum Kitzingen, um die Schadstoffe in den dortigen Brunnen (Nitrat und PSM) zu verwässern.

IKT-Landesvorsitzender Schönauer hat deshalb am 1.9. zusammen mit örtlichen Bürgerinitiativen und Dr. Weiger vom Bund Naturschutz in einer Pressekonferenz in der Fränkischen Schweiz auf die Unsinnigkeit und Gefährlichkeit der FWO-Politik hingewiesen. Interessanterweise wurden der Stadt Augsburg vor Jahren von der staatlichen Wasserwirtschaft unter Hinweis auf Schadstoffe im Lech die Zuschüsse verweigert, weil man Lechwasser verwenden wollte. Und jetzt will man mit derartigem Wasser ganze Regionen versorgen.

Dafür sollen dann Orte wie Gößweinstein, die auf einer gigantischen Wasserader sitzen, ihre Eigenversorgung dichtmachen. Gößweinstein versorgt sich derzeit aus den Stempfermühlquellen, die 700 l/sec schütten. Benötigt werden aber nur 3,5 l/sec. Oder anders ausgedrückt: Pro Stunde braucht Gößweinstein 12.600 Liter, die Quellen aber liefern 2.520.000 Liter in der Stunde. Und diese Versorgung soll nach dem Willen der Staatsregierung aufgegeben werden. Die FWO hat mit der Wasserentnahme aus der Ködeltalsperre angeblich die Kapazitätsgrenze erreicht. Nach den Worten des Präsidenten des Landesamtes für Wasserwirtschaft, Prof. Brenner, ist eine weitere Talsperre in Ober- oder Unterfranken nicht durchsetzbar, deshalb müsse man Lechwasser beileiten. Brenner meinte, heute wäre selbst die Ködeltalsperre nicht mehr durchsetzbar.

#### Denitrifikationsanlage in Kitzingen

Die Licht-, Kraft-, Wasserwerke Kitzingen haben den Bau einer biologischen Denitrifikationsanlage in Auftrag gegeben, die im Frühjahr 1990 in Betrieb gehen soll. Das 3-Millionen-Projekt wird vom Freistaat nicht bezuschußt und wird voraussichtlich den Wasserpreis um 25 Pfennige verteuern.

#### Zur Lage in Gößweinstein

Die Schutzgemeinschaft im oberfränkischen Gößweinstein hat ihre Aktivitäten jetzt auch auf die umliegenden Orte, die vom Zweckverband "Wiesentgruppe" versorgt werden und zur politischen Gemeinde gehören, ausgedehnt. In bisher 8 Versammlungen wurden die vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Bürgerinnen und Bürger über die Planungen in der Fränkischen Schweiz aufgeklärt. Der Erfolg war überwältigend: Die Mitgliederzahl stieg innerhalb weniger Wochen von knapp 300 auf nunmehr 480. Allein bei einer Versammlung traten spontan 60 Leute der Schutzgemeinschaft bei. Der Abschluß der Versammlungsserie wird in Behringersmühle, dem Viertälerort im Herzen der Fränkischen Schweiz, sein. Dort hofft man, das 500. Mitglied begrüßen zu können.

Das Gebiet um Gößweinstein wird die Nahtstelle zwischen der Juragruppe im Landkreis Bayreuth und der FWO, die eine Leitung im Wiesental plant. Zwischen diesen beiden Großversorgern liegen die Wiesentgruppe und die Eigenversorgung von Gößweinstein. Nachdem man den Marktgemeinderat mit dem Knüppel, das Prädikat "Luftkurort" zu entziehen, gezwungen hat, einem Anschluß an die benachbarte Wiesentgruppe zuzustimmen, droht jetzt auch diesem Zweckverband das "AUS". Trotz guter Wasserqualität, ausreichender Menge und ausgewiesener Schutzgebiete gibt man ihm nur noch mittelfristig eine Überlebenschance, d.h. rd. 5 Jahre. Danach müsse man sich eben umsehen, woher man Wasser beziehen wolle, heißt es verharmlosend in Publikationen. Es besteht allerdings kaum eine andere Möglichkeit, als dann an die ungeliebte JURA-Gruppe anzuschließen.

Wie wenig ernst man im Landtag die Sorgen der Bürger um das eigene Wasser nimmt, kann man der Äußerung von MdL Asenbeck (CSU) entnehmen, der bei der Behandlung der Petitionen im Ausschuß den Vorschlag machte, daß umliegende Orte und Versorgungsträger, z.B. auch Gößweinstein und die Wiesentgruppe, das Wasser der Jura-Gruppe kaufen und in ihrem eigenen Bereich weiterverkaufen und verteilen sollten. Er halte diese Möglichkeit für sehr überlegenswert!

Leider hört Herr Asenbeck nicht die entsprechenden Kommentare der Zuhörer, wenn solche Passagen in den Aufklärungsversammlungen zitiert werden. Er würde dann bestimmt nicht mehr so leichtfertig mit den Sorgen der Leute umgehen!

Für großen Unmut sorgen auch die Sanierungskosten der Wiesentgruppe. Ging man ursprünglich von 17 Mio. DM aus, so sind es jetzt bereits 36 Mio. DM. Dabei wurde mit der Maßnahme noch kaum begonnen! Begründet wird diese Steigerung um 112% mit 40 % mehr sanierungsbedürftiger Leitungen.

Bedingt durch die einhellige Unterstützung der Ziele der Schutzgemeinschaft durch die Bevölkerung hat sich im Gemeinderat schon ein Sinneswandel bemerkbar gemacht. So wurde ein Unterausschuß "Wasser" gebildet, in den auch die Schutzgemeinschaft berufen wurde.

#### Weniger Stickstoff in Baden-Württemberg

Die baden-württembergischen Maßnahmen zur Grundwassersanierung (finanziert mit dem Wasserpfeffig, der übrigens auf dem CDU-Parteitag in Bremen bundesweit abgesegnet wurde) scheinen erste Wirkung zu zeigen. Die Auswertung von 230.000 Bodenproben ergab, daß im Landesdurchschnitt die Stickstoffkonzentration pro Hektar von 65,0 kg auf 60 kg zurückgegangen ist. Von der Grenze, die das Grundwassersch-

nende Wirtschaften markiert (45 kg) ist man allerdings noch weit entfernt. Die regionalen Unterschiede sind beträchtlich.

#### Attentat auf Trinkwasserquelle

Mit welcher kriminellen Energie teilweise die lokale Trinkwasserversorgung torpediert wird, zeigt ein Beispiel aus der Nähe von Thalmässing (Lkr. Roth). Dort haben Bürger in eigener Regie zur Verringerung der Nitratbelastung von einer guten Quelle eine Zuleitung zum Ortsnetz gelegt. Bei der nächsten Untersuchung wurden dann überraschend extrem hohe Nitratwerte gemessen. Des Rätsels Lösung: In der Quelle hing eine Plastiktüte mit Stickstoffdünger, bei der ein Eck aufgeschnitten war.

#### Ein Musterbeispiel für Gemeinsinn!

Im 90-Seelen-Ortsteil Langenloh der Stadt Waischenfeld, idyllisch in der Fränkischen Schweiz gelegen, engagiert sich schon seit Jahren eine IKT-Initiative für die Erhaltung der eigenen Wasserversorgung. Wegen überhöhter Nitratwerte in der den Ortsteil versorgenden Quelle wollen der Waischenfelder Bürgermeister Schweßinger, der bei der Fernversorgung Jura-Gruppe einen Posten bekleidet, und die Fachbehörden den Anschluß an die Jura-Gruppe durchsetzen.

Die Bürger aber fordern seit langem die Sanierung ihrer Wasserversorgung u.a. durch eine Ausweitung der Wasserschutzzone, bislang allerdings vergeblich. Statt die Einwohner bei ihren Bemühungen zu unterstützen, setzt man offensichtlich mehr auf Einschüchterung. So nahm wegen der im Verhältnis zu anderen Wasserversorgungen nur sehr geringen Grenzwertüberschreitung bei Nitrat die Kripo Bayreuth die Ermittlungen auf und erschien auch prompt im Ort.

Die Langenloher griffen nun zur Selbsthilfe, und alle Bürger gruben bei klirrendem Frost in Handarbeit von einer nitratarmen Quelle einen Verbindungsgraben zur Zuleitung zum Hochbehälter, um durch die Mischung der beiden Quellwässer unter den Nitratgrenzwert zu kommen. Kaum wurde dies bekannt, erschien ein Großaufgebot von Behördenvertretern, das sofort die Arbeiten einstellte. Daß ein Ortsteil in eigener Regie ohne einen Pfennig Zuschuß und ohne Unterstützung der Gemeinde die Wasserversorgung in Ordnung bringt, wollte den Vertretern des Landratsamts wohl nicht in den Kopf gehen. Mittlerweile haben die Langenloher trotz aller Widerstände die zweite Quelle angeschlossen und die Nitratwerte deutlich unter den Grenzwert gesenkt. Dies ist aber für die Jura-Gruppe kein Grund, von ihren Anschlußplänen Abstand zu nehmen.

Beeindruckend war übrigens für den Landesgeschäftsführer bei seinem Besuch in Langenloh, mit welcher technischen Raffinesse die Bürger dort schon vor Jahren fast völlig in Eigenleistung ihre Ortsversorgung aufgebaut haben. Ähnliches konnte Etthöfer übrigens auch in Friesenhausen feststellen, wo selbst ein erfahrener Brunnenbauer von der dortigen (alten) technischen Anlage begeistert war.

Vierorts haben die Bürger in Handarbeit für die Gemeinschaft Unglaubliches geleistet, was ihnen heute keiner honoriert. Oft läuft dort das Wasser ohne Pumpe mit freiem Gefälle in die Häuser, Wasseruhren gibt es in vielen Fällen gar nicht. Heute gilt nur das, was sich abrechnen und an großtechnische Anlagen anschließen läßt und wobei sich Abgeordnete durch das Besorgen von Zuschüssen profilieren können. Daß die Bürger unter dem Strich dann

immer draufzahlen, interessiert höheren Orts nur wenige.

#### Bakterienfutter in den Untergrund gepumpt

Bekanntlich wird bei intakten Böden in tieferen Grundwasserschichten durch Bakterien auf natürliche Weise Nitrat abgebaut. Dieser natürliche Nitratabbau findet dort statt; wo kein Sauerstoff mehr hingelangt, aber noch genügend Kohlenstoff (z.B. humose Bestandteile) vorhanden ist. Da diese Selbstreinigungskraft der Böden durch das übergroße Stickstoffangebot in den letzten Jahrzehnten offensichtlich vielerorts überstrapaziert ist, versucht man am Niederrhein die nitratfressenden Bakterien künstlich zu füttern, indem man Erdgas in den Grundwasserstrom bläst. Zur Verwertung des im Erdgas befindlichen Kohlenstoffs benötigen die Bakterien Sauerstoff, den sie sich aus dem Nitrat holen, das so in Stickstoff und Sauerstoff gespalten wird. Der Stickstoff entweicht dann durch den Boden in die Luft. Trotz erfolgversprechender Versuche dürfte diese Methode nur in Ausnahmefällen anwendbar sein. Eine Lösung des Nitratproblems bringt sie keinesfalls.

#### Trinkwasserskandal in England

Nicht nur bei uns, auch in England gibt es erhebliche Trinkwasserprobleme. Dort sollen sogar in dreiviertel aller englischen und walisischen TW-Anlagen die Grenzwerte überschritten sein. Probleme bereiten nicht nur Nitrate und Pestizide, sondern auch Blei und eine ganze Reihe krebserregender Chemikalien. Diese Einschätzung stammt von der britischen Umweltorganisation "friends of the earth". Der britischen Regierung kamen die Veröffentlichungen über den Trinkwasserskandal gar nicht gelegen, da im Zuge der rigorosen Privatisierungspolitik demnächst die Wasserwerke privatisiert werden sollen. Mit Rücksicht auf die privaten Investoren wollte man auch das Inkrafttreten härterer Grenzwerte verhindern. Man kann nur hoffen, daß diese menschenverachtende "Umweltpolitik" nach dem Strickmuster Margret Thatchers nicht das Tempo der europäischen Umweltpolitik bestimmen wird.

#### IKT intern ...

##### Referate im Raum Südbayern

Dr. Schudt, stellv. IKT-Landesvorsitzender, hat einen recht anschaulichen Folienvortrag zur Belastung des Trinkwassers durch Nitrat, Pestizide usw. zusammengestellt. Wer an einem derartigen Referat Interesse hat, sollte sich direkt mit Dr. Schudt in Verbindung setzen (Anschrift auf S. 2).

##### Info-Material

IKT-Broschüren können zum Preis von DM 3,50 (incl. Porto) in Briefmarken bei der Geschäftsstelle angefordert werden. Bei Bestellung größerer Mengen kann der Preis in der Geschäftsstelle erfragt werden. Zum Stückpreis von DM 0,30 (+ Porto) können Leerplakate mit IKT-Kopf für Veranstaltungsankündigungen in der Geschäftsstelle abgerufen werden.

##### Hervorragender "Wasserbrief"

Die Schutzgemeinschaft zum Erhalt der eigenen Wasserversorgung im Markt Egloffstein hat im Juli 89 einen hervorragend gemachten Wasserbrief an alle Haushalte verteilt. (Tel. 09197/298)